

Aus der Stadt Halle „Re Re Me“.

In den Jahren 1913 und 1914 fing der Unmut an: „Sba“ und „Bugar“. Wer sich nicht mitmachen wollte, weiß heute sicherlich nicht mehr, daß es sich um zwei Leipziger Ausstellungen handelte, eine Bauaus- und eine Budgetausstellung die unter den indisch-afghanitanisch klingenden Namen bekanntgemacht wurden. Während des Krieges hat sich die Beeresverwaltung, allerdings aus militärisch-organisatorischer Notwendigkeit heraus, demüßigt, neue Worte zu finden, die später in aller Munde waren: das „Aofa“, den „Kafeta“ und „Befeta“, das „Wumba“, den „Storag“ usw.

Nach der Revolution wurde die Bewegung zum Sturm. Bei den „Kafeten“ lehrte er ein, wehrte durch die Sicherheits-, Schutz- und Aufsichtspolizei (Sipo, Sduuo, Aoo), machte kurz nach der politischen Wende (wegen der Versöhnlichkeit der Werkschöpfung) und wirbelte schließlich bei der Wertschöpfung. Er wurde dann unter gütigen Gesichtspunkten durchgeändert.

Eine Firma, die was auf sich hat, laßt heute nicht mehr, wie sie heißt und was sie fabriziert, sondern sie wird zur „... ag“, wenn sie eine Mittelschicht ist, zu einer „... mü“, wenn der Inhaber Müller, zu einer „... fö“, wenn er Förster heißt usw. Sie fabriziert heute nicht mehr Schokolade, Kartoffelmehl, Klebstoffpapier, Zuderzucker, Zahnwolle usw., sondern irgend welche fremden Dinge auf ol, li, is, im, in, on, oit, an usw.

Wenn jemand einen Preis auf die Blödsinnigkeit dieser Neuwortbildungen aussetzte, ich würde ihn belächeln; die Rechtschreibkommission in Berlin für ihr „Reeme“. Das klingt so schön, so edel, so überlegen, so anständig, so wertvoll, so reichhaltig, so edel, so edel, als wenn ein Regenbogen medert. Re Re Me, med, med, med, med! Griesgram.

Der erste Spargel.

Freudig begrüßte man auf dem heutigen Wochenmarkt den ersten Spargel, aber man kaufte ihn nicht. Der Preis betrug 1,50 bis 1,70 das Pfund.

Außerordentlich groß ist das Angebot in Spinat, von dem 3 Pfund 20 Pfennige kosten. Es wird mehr Spinat auf den Markt gebracht, als verzehrt werden kann.

Sie kosten allenthalben 11 Pfennige. Der Fleischmarkt war ziemlich vernachlässigt, auch Geflügel wurde wenig gekauft. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß der Preis für Kühner zu hoch ist.

Tumblaffen.

Wie uns der Evangelisch-Soziale Presbyterien für die Provinz Sachsen mitteilt, werden von heute Abend bis zum 9. Mai folgende Choräle von den Hausmannsstämmen gehalten: Dienstag: „Sollt ich meinen Gott nicht singen.“ Mittwoch: „Wer nur den lieben Gott läßt walten.“ Donnerstag: „Der lieben Sonne Licht und Pracht.“ Freitag: „Wie groß ist des Allmächtigen Güte.“ Sonnabend: (Quartett): „Nimm denn meine Hände.“

Straßenräuber.

Montag mittag, kurz nach 12 Uhr, entriß auf dem Königsplatz ein 33jähriger Mann einem Kofferdienst eine Aktentasche, in der sich 30.000 Mark befanden, und ergriß die Flucht. Es gelang mehreren Personen, die die Verfolgung aufnahmen, den Täter festzunehmen.

Dauerstizung von 4—1/2 11 Uhr.

570 Prozent Gewerbesteuer / 1 Prozent Lohnsummensteuer / 60 Mk. Hundesteuer / 14 Pfg. Wassergeld / Strompreis 40 Pfg. / Schwache Mehrheiten / Noch eine fünfte Etatsstizung.

Vier Stunden sind vorbei. Die fünfte geht hin und die sechste. Der Etat soll fertig werden. Man will keine neue Stizung. Der Zeiger rückt auf 1/11. Da ist man endlich soweit, daß über die Steuern abgestimmt werden kann. Und nun beginnt der Wirrwarr. Die Rechte zeigt keine Geschlossenheit. Die Hausbesitzer gehen für sich, die Deutschvölkischen vertreten einen eigenen Standpunkt, und der Ordnungshof löst in Gruppen auseinander, die ihre Suppe für sich kochen. Heißt das Fraktion?

Am schließlichen gehts bei der Gewerbesteuer zu. Die Verknüpfung getät nach 6 1/2stündiger Verhandlung beinahe auf den Punkt, daß gar kein Beschluß zustande kommt und der Finanzdeputierte wieder ohne Steuern absieht. muß. Ein Antrag der Sozialisten, die nachmalige Abstimmung verlangen, weil sie über etwas im Irrtum waren, rettet die Situation. Endlich, zwei Minuten nach 1/11, liegt der Beschluß fertig da. 570 Prozent Zulage zur Gewerbesteuer, 1 Proz. Lohnsummensteuer.

Wer nun kommt das, was alle Kommunalpolitiker voraussehen: die Kommunisten beantragen zweite Lesung. Ihre Stimmenzahl reicht gerade aus, den Beschluß durchzuführen. Und lo padt man denn verdorren nach 1/11 Uhr keine Druckfäden zusammen und verläßt das Haus, damit beim nächsten Mal der Tanz von neuem beginne.

Es hat wirklich keinen Sinn, nach 8 Uhr zu lauen. Verhandlungen darüber hinaus sind nichts als Zeitverschwendung. Und dabei weiß man noch gar nicht, wie beim nächsten Mal die Sache ausfällt. Gestern standen 23 Stimmen zu 18. Es fehlten eine Reihe Stadtratsmitglieder. Gleich sechs Mann auf der bürgerlichen Seite vom Beginn der Stizung an. Wird das beim nächsten Mal anders sein? Wenn früher einmal bei der Etatsberatung auch nur ein einziger Bürgerlicher reichte, dann ging man in öffentlichen Verclamungen gegen den Mittelrat mit Donner und Bliz vor, und mancher von denen, die gelächert nicht da waren, lächelt schon heute laut. Ja, so es wird nachher manches verpöhlen, was man vorher im Brustton der Ueberzeugung verurteilt hat.

Die Beratung der einzelnen Etats brachte kaum etwas Bemerkenswertes. Die Verhandlungen gerieterten in Belanglosigkeiten. Namentlich die Kommunisten leisteten darin wieder ganz Erfolge. Beim Stadtratsbesitzamt legte man 5000 Mk. zu zur Bekämpfung von Läuse; denn leider ist die Läuseplage noch nicht überwunden. Zur Bekämpfung der Tuberkulose wurden dem Magistrat über die 10.000 Mk. hinaus, die er dem Tuberkuloseverein geben soll, noch 15.000 Mk. zur Verfügung gestellt; denn leider macht die Tuberkulose, diese fürchterliche Volkspeste, immer größere Fortschritte, je länger die größte Wohnungsnot andauert.

Ein Antrag der Kommunisten, die keine Freunde der Klinkenbehandlung sind, als erste Rate für ein neues Stadtkrankenhaus 100.000 Mk. im Etat einzustellen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag der Sozialdemokraten, 30.000 Mk. einzustellen, um in dem ehemaligen Beizstizrestaurant, wo tagsüber tuberkulose-

kränkelnde Kinder untergebracht sind, abends und nachts Jugendherbergen herzurichten. Stadtrat Seitzhausen deutete dabei an, daß man wohl für ein

Jugendheim beim Bau der Stadthalle Räume geminnen könne. Eine Flut von Wünschen ging namentlich bei der Beratung der Etats der Stizungen nieder. Es lohnt aber nicht, im einzelnen darauf einzugehen.

Recht lebhaft wurde es beim Kapitel Arbeitsamt und Wohnungsamt. In dem Arbeitsamt haben die Kommunisten vielerlei auszusprechen. Stadtrat Seitzhausen konnte die Formulierungen als unbedeutend abweisen durch den Hinweis, daß das Arbeitsamt lediglich die geordneten Vorrichtungen auszuführen hat. Es ist bei der Verwaltung der Gelder, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam ausbringen, an bestimmte Richtlinien gebunden und muß die Zahlung einer Unterfertigung von Pflichtarbeit abhängig machen. Und die Unglücklichen, die nicht mehr Unterfertigung bekommen können, erhalten von der Stadt Arbeitsgelegenheit zu 80 Prozent vom Tariflohn. Die Kommunisten mögen das Entgelt anpreisen; aber das Arbeitsamt sollen sie zurüch lassen. Halle hat für die Arbeitslosen sehr viel getan, hat u. a. durch eine Reparaturwerkstatt dafür gesorgt, daß sie zur Arbeit geeignetes Schuhwerk bekommen. Diese Woche allerdings hat man die 1/2 stizliche Schularparaturwerkstatt aufgelöst, weil sie nicht mehr benötigt wurde.

Genjo energisch war der Vorstoß der Kommunisten gegen das Wohnungsamt. Hier beirrit die Rollen der Diskussion in erster Linie Frau Hermann. Sie hatte Personennamen und guten Zungenflügel. Aber die meisten Angriffe waren falsch gezielt. Und einen Weg, wie man die Wohnungsnot auslösen könne, wußte sie natürlich auch nicht. In der Aussprache wurde übrigens dieses primitive Kind der Natur durch Stadtrat Meyer, den Wohnungsdeputierten, als eine sehr tüchtige Dame entlarvt. Sie räsonierte, daß, wer Geld hat, sich eine große Wohnung kaufen könne, er brauche nur 600 Mk. zu zahlen. Und mühte sich von Stadtrat Meyer sagen lassen, daß sie je löst es gewesen sei, die dem Wohnungsamt mit einer solchen Forderung gekommen ist. Frau Hermann, Wöhrten eines Hauses, wollte, da Beschäftigt für einen richtigen Kommunisten Diebstahl ist, ihr Haus verkaufen und dann eine größere Wohnung haben; 600 Mk. war sie als Zubehörsatz zu zahlen bereit. Die Freilassung von amtlicher Stelle aus erwerbsfähiger Heiterkeit.

In der Aussprache fiel auch mal das Wort Schiebung. Das veranlaßte den Deputierten, mit Nachdruck hervorzuheben: Das Wohnungsamt in Halle bereitet keine Wohnungen. Die Wohnungsbaukommission, in der alle Parteien, auch die der äußersten Linken, und zwar Hausbesitzer und Mieter, vertreten sind, Schiebung des Wohnungsamtes sind also ganz unmöglich.

Aus den Reihen der Hausbesitzer legte Stadtrat Meyer dar, daß die Wohnungswirtschaft seiner Ueberzeugung nach ein völliger Fischling gewesen sei, ein gelochterter Sozialisierungsversuch. Nur die freie Wohnungswirtschaft könne einen Ausweg aus dem Elend bieten. Die Punkte nach diese Ausführungen mit lebhaftem Widerspruch.

Das Kapitel Grundbesitzung gab der Linken Anlaß, über zu

billige Verpackung der künftigen Güter Beschwerte zu führen. Der Deputierte, Stadtrat Seitzhausen, gab zu, daß für heutige Verhältnisse

einige Güter, wie z. B. Besen, zu billig verpackt seien; aber der Sachvertrug rühre aus vergangen Zeiten her und die Stadt habe keine Möglichkeit gehabt, im Sachvertragsjahre höhere Sätze herauszuschleusen.

Und dann kam man an die Steuern. Die Hundesteuer, die der Haushaltausgleich mit 50 Mk. beschloffen hatte, wird auf 60 Mark festgelegt. Die Erhöhung des Wassergeldes von 14 auf 17 Pfg. wird mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die Einnahmen aus dem Werken sieht man mit 26 gegen 21 Stimmen um 200.000 Mk. höher an und für die Erhöhung der Elektrizitätspreise von 34 auf 40 Pfg. findet sich eine Mehrheit von 27 Stimmen.

Der Finanzdeputierte, Bürgermeister Engel, rechnet nunmehr flugs dem Kollegium vor, daß, nachdem man die Hundesteuer nur mit 60 Mk. angehoben hat, das erhöhte Wassergeld abgelehnt ist, wie es der Haushaltsausgleich wolle, nicht zu beklagen ist. Man müße 570 Proz. beschließen. Der Antrag geht dann, wie gelohnt, mit 23 gegen 15 Stimmen durch.

Die 2. Lesung des Etats beantragt noch schleunigst bei der 2. Sitzung in der Einheitsrat mit 15 Pfg. einzuführen; aber die Mehrheit der Bürgerlichen lehnt das ab, zum Teil aus formalen Bedenken, weil solche Anträge nicht in das Plenum, sondern in die Ausschüsse gehören.

Gerade schied man sich an, nunmehr den ganzen Etat zu verabschieden, als die Kommunisten den Antrag auf zweite Lesung einbringen. Es lohnt also der dritten Etatsstizung eine fünfte und — hoffentlich nicht eine letzte Wann, weiß man noch nicht.

Die Löhne für die mitteldeutschen Gemeindearbeiter.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden schreibt uns: Durch Annahme des Schiedsprüches des Zentralausschusses für Arbeitervertragswesen der Gemeinden und Kommunalverbände, haben die durch die ersten Kämpfe festgestellten Löhne für die Zeit vom 15. April bis 31. August für die mitteldeutschen Gemeindearbeiter festgelegten Löhne Rechtsverbindlichkeit erhalten.

Der Spitzenlohn des Mitteldeutschen Gemeindearbeiters (Qualitätsstandard) beträgt für die Zeit vom 15. April bis 30. Juni 63 Pfg., für die Zeit vom 1. Juli bis 31. August 65 Pfennig. Hinzu tritt noch ein Hausstättengeld und eine Kinderbeihilfe von je drei Pfennig.

Ein unerwünschtes Geburtstagsgefecht.

Gertrud Müller hatte heute Geburtstag, 25 Jahre wird das holde Kind. Das traf sich allerdings nicht glücklich, daß sie gerade zu ihrem Ehrentag vor Gericht stand. Und hie und da in dieser trüben Tränenwelt nun mal so

ausgeht, heimlich angefaßt der Klünderung. Klünderung? Das gibt doch gar nicht mehr in Halle! Jamoh, die Zeit, wo die Not-Bürgerlichen durch die Straßen knallen, die Geschäfte erbrechen und austräumen, liegt Jahre zurück, ja wohl! Aber in jene Zeit reicht auch die Straftat Gertrud Müllers zurück. Sie hat im März 1919 bei Pottel u. Broschowski mitgehilfen, hat einen Wandspiegel und ein hell mitgenommen. Vielleicht würde Gertrud Müller — zumal an ihrem Geburtstag — mit einer milden Strafe davonkommen sein; aber sie hat leider inzwischen öfter mein und dein verwechselt. Das Gericht legte ihr darum 8 Monate Gefängnis auf den Gabentisch.

EUGEN FREUND & CO.

DAS HAUS DER ELEGANTEN DAME

HALLE a. d. SAALE Leipzigische Straße Nr. 5

Kostüme / Mäntel / Kleider / Blusen / Kostümröcke / Kindermäntel

ERÖFFNUNG

unsere neuen Geschäftsräume am

DONNERSTAG den 7. Mai d. J. in Verbindung mit einer großen MODENSCHAU

Ab 3 Uhr nachmittags

Vorführung der neuesten Mode-Schöpfungen

Eintrittskarten sind unentgeltlich an der Kasse unseres Hauses vorher zu haben.

